

LGBTI* in der Wohnungslosigkeit
Befragung von Fachkräften der Wohnungslosenhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* Menschen (LGBTI*) in der Wohnungslosigkeit

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 01101

1 Anlage

Bekanntgabe in der gemeinsamen Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses und des Sozialausschusses vom 12.11.2020
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Einleitung

Mit Beschluss vom 30.03.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08078) hat der Stadtrat den Auftrag erteilt, eine Befragung der Fachkräfte der Wohnungslosenhilfe zur Situation wohnungsloser LGBTI* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*- und Inter*-Personen) durchzuführen.

Mit dieser Bekanntgabe werden dem Stadtrat nunmehr die Ergebnisse der Studie vorgelegt und Vorschläge unterbreitet, wie auf diese Ergebnisse reagiert werden sollte. Die ausführlichen Ergebnisse werden in Form einer Broschüre beigelegt.

2. Durchführung der Studie

Die Studie wurde federführend von der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* (KGL) in Kooperation mit dem Sozialreferat - Amt für Wohnen und Migration und dem Statistischen Amt im Direktorium durchgeführt.

- **Entwicklung des Fragebogens**
Der Fragebogen wurde in enger fachlicher Abstimmung zwischen den obigen Kooperationspartner*innen entwickelt. Er lehnt sich in seiner Struktur an die Jugendstudie der KGL an, die 2011 im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt wurde. Die Fragestellungen wurden teils ergänzt, teils verändert und insgesamt auf die Besonderheiten des Systems der Wohnungslosenhilfe angepasst.
- **Durchführung der Befragung**
Es handelte sich um eine ausschließliche Online-Befragung, der Fragebogen wurde durch das Statistische Amt programmiert und zur Verfügung gestellt. Die Befragung fand statt im Zeitraum von Juni bis Juli 2019. Die Fachkräfte der Wohnungslosenhilfe sowohl in den städtischen Einrichtungen als auch in den Einrichtungen der freien

Träger wurden per E-Mail und durch mündliche Informationen um Teilnahme gebeten.

- **Anzahl der Teilnehmenden und Auswertung**

Insgesamt konnten die Fragebögen von 216 Fachkräften zur Analyse herangezogen werden. Es haben zu 64,5 % weibliche, zu 31,4 % männliche Fachkräfte teilgenommen. 4,1 % der Fachkräfte haben entweder keine geschlechtliche Angabe oder trans* (0,6 %) angegeben.

Die Altersverteilung ist breit gestreut über die Altersgruppen. Bei der Beschäftigungsdauer der Fachkräfte in ihrem jetzigen Arbeitsfeld liegt ein Schwerpunkt bei bis zu 5 Jahren (56,4 %). Die verbleibenden Angaben verteilen sich relativ regelmäßig über eine 6- bis 30-jährige Beschäftigungsdauer.

3. Zentrale Erkenntnisse und Handlungsbedarfe

Als zentrale Erkenntnisse können folgende Aussagen festgehalten werden.

- **Ausmaß an Ausgrenzung und Gewalterfahrungen**

Die Studie hat ergeben, dass in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe LGBTI*-Feindlichkeit in einem deutlich wahrnehmbaren Maß auftritt. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Einrichtungen hierauf nicht ausreichend vorbereitet sind. Hier stellt sich auch die Frage, ob und inwieweit das Wahrnehmen von Ausgrenzungs- und Gewaltsituationen (indirekte) Auswirkungen auf die in der Wohnungslosigkeit beschäftigten LGBTI*-Fachkräfte hat. Gegebenenfalls wäre es sinnvoll, hier ein Angebot zu installieren, ähnlich wie dies in der Kinder- und Jugendhilfe erfolgt ist.

- **Großer Schutzbedarf und schwierige räumliche Situation**

Die Einschätzungen der Fachkräfte zeigen deutlich, dass ein hoher Schutzbedarf für LGBTI*-Personen in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe erforderlich ist, der gleichzeitig von den Einrichtungen derzeit nicht ausreichend erfüllt werden kann. Dies bezieht sich vor allem auf die Unterbringungssituation, die Situation der sanitären Einrichtungen und den Schutz vor Diskriminierung und Gewalt. Dies gilt auch für nonbinäre und queere Menschen, die den gleichen Schutzbedarf haben wie er in dieser Bekanntgabe für trans* und inter* Menschen beschrieben wird.

- **Deutlicher Verbesserungsbedarf bei Fachlichkeit und Haltung in den Einrichtungen**

Obwohl bei den Fachkräften offenbar ein gutes Problembewusstsein zur Situation von LGBTI*-Wohnungslosen vorhanden ist, gibt es noch wenige konkrete Fortbildungen zur Verbesserung des Fachwissens. Es fehlen sowohl fachliches Wissen, Qualitätsstandards und Fachberatungsmöglichkeiten als auch klare Aussagen zu Antidiskriminierungshaltungen in den Einrichtungen.

- **Erforderlichkeit von strategischen und sozialarbeiterischen Maßnahmen und Angeboten**

Die Ergebnisse der Befragung der Fachkräfte weisen deutlich auf die Erforderlichkeit eines geplanten strategischen Vorgehens hin. Angesichts der

hohen Gewalt- und Ausgrenzungssituation erscheint dies dringend notwendig. Auch ein eigenes sozialarbeiterisches Angebot für Wohnungslose ist in der LGBTI*-Community bislang in München nicht vorhanden. Dies erscheint ebenfalls sinnvoll und notwendig, um den Bereich der Existenzsicherung abzudecken.

Hieraus lassen sich folgende Handlungsbedarfe ableiten, die sowohl für den städtischen Träger als auch für die freien Träger der Wohnungslosenhilfe gelten.

- **LGBTI*-Strategie in der Wohnungslosenhilfe**

In der Wohnungslosenhilfe ist ein strategisches Vorgehen zur Verbesserung der Situation von LGBTI* notwendig.

Inhaltlich sollte dieses Vorgehen Folgendes umfassen:

- Verbesserung der räumlichen und sanitären Situation für LGBTI*
- Sicherstellung der besonderen Schutzbedarfe von trans* und inter* Menschen
- Erstellung, Umsetzung und Evaluation eines trägerübergreifenden Schutzkonzepts für LGBTI*
- Durchführung von Maßnahmen zur Sichtbarmachung von Antidiskriminierungshaltungen in den Einrichtungen
- Schaffung von Angeboten im Bereich der Vernetzung und Fachberatung
- Entwicklung und Durchführung von unterstützenden Angeboten für LGBTI*-Fachkräfte

- **Fachliche Schulungen und Fortbildungen**

Für die Fachkräfte in der Wohnungslosenhilfe sollten fachliche Fortbildungen zum Thema LGBTI* angeboten und durchgeführt werden. Hierfür bedarf es einer entsprechenden Fortbildungskapazität.

- **Schaffung eines sozialarbeiterischen Angebots für LGBTI***

Es bedarf eines sozialarbeiterischen Angebots zur Existenzsicherung für LGBTI* im Vorfeld von Wohnungslosigkeit bzw. wenn diese schon eingetreten ist, sich die betroffenen Personen aber noch nicht im System der Wohnungslosigkeit befinden. Ziel muss es sein, für diese Personen eine Anlaufstelle zu schaffen, sie zu unterstützen, Wohnungslosigkeit möglichst zu verhindern oder sie trotz Scham und Angst zu befähigen, die Angebote der Wohnungslosenhilfe annehmen zu können.

4. Abschließende Anmerkungen und weiteres Vorgehen

Der unter Ziffer 1. benannte Auftrag des Stadtrats wurde mit Vorlage dieser Bekanntgabe erfüllt. Anzumerken ist, dass die Ergebnisse zu LGBTI* auch auf die Gruppe der nonbinären Menschen übertragbar ist und auch diese Gruppe in die Umsetzungsmaßnahmen einbezogen werden sollte.

Ohne den Auftrag des Stadtrats und die hervorragende Kooperation mit dem Sozialreferat – Amt für Wohnen und Migration und dem Statistischen Amt im Direktorium wäre es nicht möglich gewesen, die schwierige Lebenssituation von wohnungslosen LGBTI* so ausführlich zu beleuchten. Hierfür ein herzlicher Dank an alle Beteiligten! Dies gilt in besonderer Weise auch für die teilnehmenden Fachkräfte der Wohnungslosenhilfe.

Das Sozialreferat legt dem Stadtrat in dieser Sitzung einen Beschlusssentwurf zur Entwicklung eines Umsetzungskonzepts vor. Auf dieser Grundlage sollen die weiteren Schritte zur Verbesserung der Situation von wohnungslosen LGBTI* geplant und umgesetzt werden.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Das Sozialreferat und die Gleichstellungsstelle haben der Vorlage zugestimmt.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

III. Abdruck von I. mit II. über die Stadtratsprotokolle

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.**

IV. Wv. Direktorium D-II/KGL

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat – Amt für Wohnen und Migration**

An

An

z. K.

Am